

Democratic Citizenship Education als europäische Aufgabe

Politische Bildung und europäische Wirkung

Die Akteurinnen und Akteure europapolitischer Bildungsarbeit stehen vor vielfältigen Herausforderungen: Sie setzen sich für gesellschaftliche Vielfalt ein und erfahren, dass die internationalen Teilnehmenden und Partner in ihrem Alltag zunehmend mit Vorurteilen und mangelnder Meinungsfreiheit konfrontiert sind. Sie erleben, dass die Rahmenbedingungen trotz gemeinsamer europäischer Vereinbarungen sehr unterschiedlich und mitunter mangelhaft sind. Was kann politische Bildung unter diesen Bedingungen bewirken? von Georg Pirker

Der Diskurs um Europa hat sich entscheidend gewandelt – das europäische Friedensprojekt scheint derzeit zu einem Formelkonsens zu verkümmern. Populistische Strömungen gehen allerorts für die Ablehnung weiterer europäischer Integration und unter der Fahne der Renationalisierung auf Stimmenfang – mit erschreckendem Erfolg. Das Narrativ von der demokratischen Wertegemeinschaft wird von *Viktor Orbán & Co.* tagtäglich genüsslich ad absurdum geführt und die EU-Kommission predigt „Interrail für alle“ (#FreeInterrail) als finales Europäisierungserlebnis. Die Ermöglichung von Partizipation, Teilhabe und demokratischer Mitwirkung sowie der ungeteilte Zugang zu Grundrechten werden in vielen Mitgliedsstaaten innerhalb Europas missachtet. Zwänge der Haushaltskonsolidierungen tun ihr Übriges, um Jugendarbeit, wo sie überhaupt besteht, zu erschweren.

Der *Common Sense* über die Sinnhaftigkeit europäischer Zusammenarbeit, der sich in der EU auch in gemeinsamen Begegnungs- und Bildungsprogrammen im Rekurs auf die europäischen Grundrechte bzw. die europäische Menschenrechtskonvention niederschlägt, scheint de facto von einer erheblichen Anzahl der Regierungen in Europa nicht weiter geteilt zu werden. Vor diesem Hintergrund

steht zweifelsohne politische Bildung vor einer großen Herausforderung, ihre Angebote mit dem Anspruch europapolitischer Wirkung umzusetzen.

Die Träger politischer Bildung sollten sich jedoch vor dieser Herausforderung nicht verstecken, vielmehr sollten sie diese zum Anlass nehmen, die politische Bildung noch stärker als demokratiepolitische Arbeit zu verstehen, d. h. als Einsatz für und Verteidigung von demokratischen Grundwerten und gesellschaftlicher Vielfalt.

Dass Angebote politischer Bildung auf europäischer Ebene wirken, wurde mittlerweile in den verschiedenen Evaluationen und Wirkungsstudien – insbesondere des Programms *Jugend in Aktion* und *Erasmus+ Jugend in Aktion* – nachgewiesen. ¹

Die Basis

Der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* (AdB) führt jährlich mehrere Fachprogramme in Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Staaten durch, die sich →

¹ www.jugend-in-aktion.de/ueber-das-programm/wirkungen (Zugriff auf diesen und alle in diesem Beitrag aufgeführten Links: 19.10.2016)

an Fachkräfte, Teamer/-innen und Interessierte aus dem weiteren Feld politischer Bildungsarbeit wenden. Die Kooperationen verstehen sich als Qualifizierung, d. h. die Teilnehmenden sollen die Gelegenheit bekommen, Themen politischer Bildung zu vertiefen und sich fachlich und päd-



Teilnehmende am abschließenden Workshop des deutsch-tschechischen Projekts „Not in Our Countries?!“ im September 2016

Foto: Tobias Kley

agogisch weiterzuentwickeln. Sie sollen dabei unterstützt werden, Fragestellungen in einem über das Nationale hinausgehenden Kontext zu definieren und partnerschaftlich zu bearbeiten und neue Kooperationen zu wagen.

Grundlage der Fachprogramme ist immer die Annahme eines gleichberechtigten Austauschs und der gemeinsamen Verantwortung der beteiligten Partnerorganisationen für Konzept, Beantragung, Inhalt und Durchführung der Maßnahmen. Die Programme haben für die Träger politischer Bildung im AdB Begegnungscharakter, d. h. sie setzen sich aus mindestens einer IN- und einer OUT-Maßnahme mit dem möglichst gleichen Kreis von Mitwirkenden zusammen. Das ist durchaus eine Herausforderung, bedeutet es doch, dass die Teilnehmenden viel Zeit aufbringen müssen, um in den Programmen mitwirken zu können.

Orientierungspunkt: Jugendpolitik

Das primäre Referenzfeld, in dem dies geschieht, ist ein jugendpolitisches, sprich: Die Angebote wenden sich an Menschen, die in Deutschland und in anderen Ländern Europas mit jungen Menschen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen arbeiten.

Oftmals zeigt sich bereits im frühen Stadium von Kooperationen, dass die Fragestellungen, zu denen in der politischen Jugendbildung in Deutschland gearbeitet wird,

in anderen Ländern nicht primär im Feld der Jugendarbeit und Jugendpolitik verankert sind, sondern in anderen (Politik)Bereichen. Das betrifft Anliegen von Antidiskriminierung, Medienbildung, Bildung für Vielfalt, Beteiligung, Demokratie und Menschenrechte. Auch wenn die Zielgruppen junge Menschen sind, ist die formale Zuordnung oftmals innenpolitisch, bildungspolitisch, gesundheitspolitisch, im Bereich des Justizwesens oder tatsächlich auch mal jugendpolitisch angelegt. Je nach Fokus bewegen sich die Gestaltungsräume der Partner dann zwischen *Awareness Raising*, Sozialkompetenzentwicklung und eben auch non-formaler Bildung. Mit viel gutem Willen lässt sich die Anzahl der Länder in Europa, in denen non-formale politische Bildungsarbeit struktureller Bestandteil von Jugendarbeit ist, an einer Hand abzählen.

Orientierungspunkte: Non-formal learning and youth work

Zwar wird mittlerweile auf jedem europäischen Arbeitstreffen und in unzähligen Verabschiedungen und Dokumenten die Wichtigkeit non-formalen Lernens und von Jugendpartizipation betont, dennoch sollte man sich, was das Verständnis, die Interpretation, die politische Intention sowie die Reichweite und tatsächliche strukturelle, systemische Ausgestaltung betrifft, keine Illusionen machen. Bildungspolitisch sprechen wir in den meisten europäischen Ländern über eine methodische Anreicherung formaler Lernsettings; jugendpolitisch sprechen wir über ein oftmals vages Feld von Aufgabenzuschreibungen, die je nach Land stark differieren, wenn sie überhaupt existieren. Das ist nicht verkehrt, man sollte sich dessen aber bewusst sein, bevor man postuliert, dass für internationale Begegnungsarbeit aus deutscher Sicht einzig und allein das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) den fachlich-inhaltlichen Fokus festlegt.

Der AdB versucht, eine Brücke zu den Ansätzen europäischer Partner zu schlagen, indem er – thematisch fokussiert – Begegnungsarbeit in den spezifischen europäischen und internationalen, politisch gesetzten Rahmen und Kontexten verortet und auf diese Weise für alle in die Prozesse eingebundenen Partner Orientierung bietet. Folgende Rahmen sind im internationalen Kontext gesetzt: die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*, die *Sustainable Development Goals*, die *Konventionen über die Rechte der Frauen*, der *Menschen mit Behinderung* und die *Kinderrechtskonvention*.

Im europäischen Kontext gibt es darüber hinaus spezifische Vereinbarung und Instrumente mit rechtlichem Cha-

rakter, die im Prinzip Leitlinien für nationale Politiken definieren. Diese sind beispielsweise:

- die *Grundrechtecharta der EU*, verbunden mit einem umfassenden und breit aufgestellten und ausdefinierten Verständnis von Diskriminierung, **1**²
- die *Europäische Menschenrechtskonvention*, **1**³
- die *revidierte Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region*, **1**⁴
- die *Europarats-Charta für politische Bildung und Menschenrechtsbildung*, **1**⁵
- die *Europarats-Empfehlung CM/Rec(2016)7* des Ministerrats an die Mitgliedsstaaten über den Zugang junger Menschen zum Recht **1**⁶ und
- die *Europäische Jugendstrategie*. **1**⁷

Völlig unabhängig von nationalen Förderinstrumenten und Politiken bilden sie Bezugspunkte und Rahmen, in denen wiederum außerschulische politische Bildungsarbeit in ihrem jeweiligen nationalen Kontext handelt. Sie bilden in Ermangelung ausdifferenzierter nationaler Jugendpolitikfelder in vielen Ländern Europas einen wichtigen Bezugspunkt zur Beauftragung und Ableitung von Aufgaben außerschulischer bzw. non-formaler Bildungsangebote. Dies ist im deutschen Diskurs leider oftmals nicht präsent.

Für diese Bezugsrahmen und die Rückbindung von Systemen, Strukturen und pädagogischen Konzepten ein wechselseitiges Verständnis zu entwickeln, ist eine entscheidende Herausforderung für die Begegnungsarbeit im AdB. Sich hierin sicher zu bewegen und Verantwortung für deren Ausgestaltung zu übernehmen, ist ein Kernanliegen einer auf Europäisierung ausgerichteten Jugend- und Bildungspolitik. Vor diesem Hintergrund ist die Ausdifferenzierung in unterschiedliche nationale Systeme nachrangig. Begegnungsarbeit hilft, die jeweiligen Handlungs- und Ermöglichungsbedingungen der beteiligten Partner zu verstehen und baut zugleich inhaltliche Brücken, anstatt strukturbedingte Ausschlusskriterien zu entwickeln. Zugleich eröffnet sie einen konkreten Zugang, um gemein-

sam inhaltliche und fachliche Fragestellungen zu entwickeln und vor den jeweils unterschiedlichen Kontexten zu bearbeiten.

Die Akteure im AdB schaffen im Rahmen ihrer internationalen Arbeit die hierfür benötigten Diskursräume und Begegnungsmöglichkeiten. Es gibt dabei nicht immer die festen Partner und Herangehensweisen, vielmehr müssen diese immer wieder neu gefunden werden, was auch dem fluiden Charakter der non-formalen Bildungs- und insbesondere Jugendarbeitslandschaft in anderen Ländern eher entspricht.

Fragen allerorts

Die Entwicklungen von Themen und Inhalten sind in Europa aktuell von Ungleichzeitigkeiten geprägt und stehen vermehrt unter politischer Einflussnahme. Freie Träger aus dem Bereich Demokratie- und Menschenrechtsbildung unterliegen – spätestens seitdem das russische „ausländische Agenten“-Gesetz (vgl. van der Vet / Lyytikäinen 2015) auch in anderen Ländern Schule macht – immer größeren Restriktionen: „For my organisation it is crucial to look for EU grants because of the unfriendly political surrounding for civic projects in Poland. Within last year we have been facing lots of changes in national competition procedures, topics and so on and now there is still less and less space for civic education (financing and substantial).“ (2016, polnischer Partner des AdB). Die nicht enden wollende Finanzkrise tut dann oftmals ein Übriges, um erfolgversprechende Ansätze zunichte zu machen und aufgebaute Strukturen und Kooperationen zu gefährden, mit z. T. verheerenden Auswirkungen auf die Arbeit von Trägern der Jugendarbeit und von außerschulischen Trägern, die Demokratie- und Menschenrechtsbildung machen, wie bspw. in Großbritannien. **1**⁸

Die aktuell im deutschen Kontext vielfach beschworene Re-Politisierung der Internationalen Jugendarbeit (IJA) – die durchaus ihre Richtigkeit hat – ist auch ein Resultat von Entpolitisierungsprozessen der Zivilgesellschaft in anderen Ländern. Wobei die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Sektors in Europa alles andere als unstrittig ist, insbesondere wenn man ihn in einem neoliberalen Diskurs, wie er nach wie vor europapolitisch hochaktuell ist, verortet (vgl. bspw. Mühlenhoff 2014).

Internationale politische Bildungsarbeit bekommt angesichts der aktuellen weltweiten „Katastrophenkako-→

2 www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf

3 www.menschenrechtskonvention.eu

4 www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/4-20-2501/COE_charter_participation_de.pdf

5 <https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=0900001680489411>

6 https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?Reference=CM/Rec%282016%297

7 http://ec.europa.eu/youth/policy/youth_strategy/index_de.htm

8 The DAMAGE: A Future at Risk – Cuts in Youth Services, www.unison.org.uk/content/uploads/2016/08/23996.pdf

phonie“ vielfach die außereuropäischen wie auch innereuropäischen Dilemmata und Begrenzungen schneller und frühzeitiger zu spüren als andere Felder der Jugendarbeit. Gerade auch, weil sie in ihrer Sensorik, aber auch in ihrem Instrumentarium an Rahmenbedingungen wie die Menschenrechte gebunden ist. Vor deren Hintergrund müssen die Gelingensbedingungen der Arbeit von Partnern und somit internationaler Kooperationsprojekte gesehen werden: Es ist eben nicht möglich, aus einem deutschen Diskurs heraus zu postulieren, dass ein Konzept wie *Active Citizenship* gleichzusetzen wäre mit politischer Bildung in Europa, wenn wir nicht verstehen, dass die jeweiligen Ableitungen und Zuschreibungen in den national spezifischen Kontexten andere sind als im deutschen. Und: Die Akteure müssen sich die Formelhaftigkeit und Konjunktur von Begriffen sowie deren Genese und Zuschreibungen im europäischen Diskurs vergegenwärtigen, wenn sie damit im Kontext internationaler Begegnungsarbeit operieren. Erst durch das Herunterbrechen auf die konkrete Situation in der Arbeit der Partner vor Ort, können diese für politische Bildung genutzt und ausgestaltet werden.

Ins Konkrete ...

Dies bedeutet auf der *Mikroebene* der politischen Bildungsarbeit mit jungen Menschen und Erwachsenen, sich der europäischen Relevanz der behandelten Thematiken bewusst zu werden und diese unter den Aspekten von Machtverhältnissen, globaler Gerechtigkeit und Solidarität herauszuarbeiten. Dies gilt auch für die Arbeit mit jungen Menschen im nationalen Kontext. In der internationalen Begegnungsarbeit bedeutet dies, bewusst die Hinwendung zu Fragestellungen von Vielfalt, Diskriminierung, Gerechtigkeit und zur Entwicklung von Handlungsstrategien zu suchen. Gerade vor dem Hintergrund einer rapiden Abnahme entsprechender Angebote in anderen Ländern besteht ganz konkreter Handlungsbedarf – in der Erwachsenenbildung vielleicht sogar noch stärker als in der Jugendbildungsarbeit. Das ist nicht ungefährlich und dessen sollten wir uns in Deutschland verstärkt bewusst werden: „It is ambitious and honorable! But we should let the young people know: They will beat you, you might be tortured and they even might kill you for it!“ – wie ein Workshopteilnehmer aus Weißrussland im Rahmen eines Multiplikatorenworkshops zum Thema „Crisis of Democratic Culture and Nationalism“ anmerkte.

Auf der *Mesoebene* sollten sich die Träger politischer Bildung ihre demokratiepolitische Verantwortung vergegenwärtigen: Die Infrastruktur, mit der die außerschulische

politische Bildung in Deutschland ausgestattet ist, ist europaweit einzigartig. Diese sollte für die Anliegen politischer Bildung stärker genutzt werden, indem ein Ausbau europäischer Kooperationen und Austausch angegangen wird. Dies gilt beileibe nicht allein für die Ebene der Träger, sondern stellt explizit eine Herausforderung an den Einsatz der ministerialen Ebenen in der Debatte und im Diskurs um Europa dar, und zwar auf allen Ebenen der europäischen Bildungs- und Jugendpolitiken. Denn die guten Bedingungen und Erfahrungen, die es in Deutschland hinsichtlich der Fachlichkeit, der infrastrukturellen Ausstattung aber auch der inhaltlichen Debatten außerschulischer politischer Bildung gibt, finden viel zu wenig Eingang in die europäische Debatte.



Diskussionsrunde im deutsch-tschechischen Projekt „Not in Our Countries?“, September 2016 Foto: Tobias Kley

Auf der *Makroebene* gilt es, europäische Jugend- und Bildungspolitik hinsichtlich der EU-Grundrechtecharta und der jugend- und bildungspolitischen Vereinbarungen des Europarats einzuordnen und dafür einzustehen: „We should not refuse to ask and ask our governments the accountability-question.“ – so *Frank Elbers*, Director of *Programmes*, *Human Rights Education Associates* auf dem *3. Compass forum learning Equality. Living Dignity* am 7. Oktober 2016 in Budapest. In diesem Sinne sind wir als außerschulische Bildungsanbieter verstärkt gefordert, Rechenschaft einzufordern und über unsere Arbeit darauf hinzuwirken, dass auch die Europäische Kommission endlich agiert, beispielsweise indem sie die aus der vertraglich beschworenen Wertegemeinschaft entstehenden Verpflichtungen in den europäischen Programmen und Politikfeldern einfordert und überprüft. Die Träger politischer Bildung in Deutschland müssen dies ebenso einfordern, müssen ihre Arbeit stärker in der Öffentlichkeit

sichtbar machen und, wo es möglich ist, den Diskurs und das Gespräch mit den betreffenden europäischen Ebenen suchen.

In der Praxis

In der politischen Bildung finden eine Vielzahl von Qualifizierungsprojekten und Programmen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren statt, in denen Träger bspw. im Rahmen des KJP-Programms international oder über europäische Programme mit spezifischen Partnern bi- und multilateral zu den unterschiedlichsten Anliegen kooperieren. Diese Prozesse finden in vielfältiger Weise auch im AdB statt. Sie zu begleiten und die Vielfalt der Herangehensweisen, die Offenheit und Experimentierfreudigkeit der Beteiligten in der politischen Bildung kennenzulernen, ist ein besonderes Erlebnis. Sie spiegeln deutlich wider, wie wichtig eine ausdifferenzierte und vielfältige Infrastruktur in der Jugendarbeit ist, und wie eben diese Infrastruktur zu einem europäischen Anker werden kann, wenn es darum geht, Anliegen politischer Bildung europaweit (und darüber hinaus) zu bearbeiten.

Auf der Ebene des Verbands versuchen die Akteurinnen und Akteure, die oben genannten Anforderungen in der Praxis der Fachprogramme konkret aufzugreifen. Die Fachkräftebegegnungen – bspw. im deutsch-tschechischen Projekt „Not in Our Countries? Refugees Asylum and Fundamental Rights Education in Youth Work“ – sind auf gesellschaftspolitische Fragestellungen fokussiert, die für die Bildungsarbeit mit jungen Menschen in ihren jeweiligen Kontexten relevant erscheinen. Sie versuchen, diejenigen Akteure aus den beteiligten Ländern als Teilnehmende einzubeziehen, die im Kontext von Bildungsarbeit und Jugendarbeit direkt mit jungen Menschen arbeiten, von der Initiative mit Geflüchteten über NGOs, die Migrationsarbeit machen, hin zu Akteuren der Jugendbildung. Die Programme beinhalten in der Regel ein wechselseitiges fundiertes Kennenlernen der jeweiligen Arbeitsstrukturen in den Ländern sowie der gesellschaftspolitischen und pädagogischen Diskurse, bspw. zu Rassismus, Migration, Vielfalt, Teilhabe. Das bedeutet wiederholte Gespräche mit vielen Trägern, Förderebenen, Wissenschaft, Politik, Medien, um einen fundierten Einblick in das Feld zu erlangen. Darüber wird versucht, die Brücke zu den jeweiligen nationalen Politikfeldern zu schlagen, ebenso wie gemeinsam den jeweils europapolitischen Bezug herzustellen. Spätestens hierbei wird deutlich, dass sich die auf dem Papier oftmals so logische formale Zuordnung zu europäischen Politikfeldern nicht in der Struktur der Arbeit der betei-

ligten Menschen widerspiegelt, wohingegen die Themen, Herausforderungen und Fragestellungen strukturell vergleichbar bleiben.

Nimmt man die europäische Wirkung der Arbeit in den Blick, ist das gemeinsame Herantasten an „Gelingensbedingungen“ von Jugendbildungsarbeit im jeweils nationalen Kontext ein ganz wichtiger Prozess, da er hilft, ein wechselseitiges Verständnis von Pädagogik, Strukturen und Politiken zu eröffnen. Gerade angesichts der Ablehnung von Europa, die in mehreren Ländern mittlerweile

“We should not refuse to ask and ask our governments the accountability-question.”

Regierungshandeln ist, erscheint es umso wichtiger, auf Trägerebene aber auch auf Ebene der beteiligten Fachkräfte gemeinsam Wege und Praxisformen zu finden, die die Bildungsarbeit zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt ermöglichen.

Die Fachkräfteprogramme gehen über das reine Begegnen und Zusammenarbeiten im Projekt hinaus und versuchen vielmehr, Anknüpfungspunkte zu eigenen nationalen Arbeitskontexten herzustellen – sei es fachpolitisch in der Vertiefung des gemeinsamen Diskurses, der bi- oder multilateral immer ein europäischer ist, sei es pädagogisch im gemeinsamen Erproben und Entwickeln von Methoden.

Hilfreich für die außerschulische Bildungsarbeit ist es, dass es in den Bereichen *Education for Democratic Citizenship* (EDC) und *Human Rights Education* (HRE) die Standardwerke des Europarats sowie eine Reihe nationaler und internationaler Qualifizierungsprogramme (bspw. des SALTO-Youth net, der TOTHRE u. a.) gibt. Die Standardwerke sind auch durch die Arbeit der Europäischen Jugendzentren pädagogische Referenzinstrumente, setzen europaweite Standards außerschulischer Bildung und wirken auf der Ebene von Fachkräftequalifizierung:

- *Compass* – Manual for Human Rights Education with Young people⁹
- *Compasito* – Manual for Human Rights Education for Children¹⁰ →

9 www.coe.int/en/web/compass

10 www.eycb.coe.int/compasito

- *Bookmarks – A Manual for Combating Hate Speech Online through Human Rights Education* ¹¹
- *Gender matters – A Manual on Addressing Gender-Based Violence Affecting Young People* ¹²
- *Mirrors – Manual on combating antigypsyism through Human Rights Education* ¹³

Diese Referenzinstrumente erlauben, basierend auf einer gemeinsamen Pädagogik, eine Brücke über Landesgrenzen hinweg zu schlagen. Gute Trainer/-innen allein reichen jedoch nicht, zumindest nicht wenn Träger demokratischer Bildung und deren komplette Arbeitsfelder von der Politik als unerwünscht erklärt werden, wie es derzeit bspw. in Tschechien der Fall ist, wo Präsident *Miloš Zéman* die „Slničkaři“ (Sonnenmenschen = NGO Aktivisten) in seiner Weihnachtsansprache 2015 zu unerwünschten Personen erklärte. ¹⁴ „I wanted to be a Human Rights educator and now find myself in the position of a Human Rights Defender“, wie es ein Teilnehmer aus Serbien bei einer internationalen Maßnahme passend ausdrückte.

Hier sind entsprechende Unterstützungsmechanismen und -strukturen von Jugendbildungsarbeit nötig, die es aber leider nicht so oft gibt. Trotz vielfacher politischer Bekundungen bspw. in der *Europäischen Jugendstrategie* oder in der *Europarat Charta zur politischen Bildung und Menschenrechtsbildung*, die die Wichtigkeit betonen, adäquate Lernorte und -plätze zu entwickeln, ermöglichen europäische Kooperationsprojekte bislang selten, konkrete Beiträge zum Aufbau von Strukturen zu leisten. Diese wären aktuell nötiger denn je.

An dieser Strukturentwicklung zu arbeiten erfordert dezidiert, europäische Politik zu nutzen und einzufordern. Diese Perspektive muss man sich erarbeiten und in seine Arbeit integrieren: Der AdB hat in den letzten Jahren beispielsweise im EU-Projekt „EDC for All“ zusammen mit der portugiesischen Jugendorganisation *dinamo*, dem Jugendressort des Europarats und mit *planpolitik* Machbarkeitsstudien und Prozesse für den Aufbau einer Jugendbildungsstätte in Sintra/Portugal erstellt und dabei versucht, die Logik europäischer „policy programming“-Prozesse im Jugendbereich zu verstehen, um sie argumentativ nutzen zu können. Ähnlich im Projekt „ENGAGE“ einer mit Mit-

teln von Erasmus+ geförderten strategischen Partnerschaft, die zum Ziel hat, eine europäische Bestandsaufnahme zu politischer Bildung mit Kindern im Alter von 8–12 Jahren vorzunehmen und Empfehlungen für den Bereich von *Citizenship Education* zu formulieren. Den Transfer auf die Europäische Ebene – und wiederum in die jeweils zuständigen Ressorts auf der nationalen Ebene – zu leisten, bedarf erheblicher Anstrengungen, die selbst die in Deutschland gut aufgestellte Trägerlandschaft kaum zu leisten imstande ist. Es bedürfte mehr als einer konzertierten Aktion aller Ebenen, um hier wirklich etwas zu bewegen.

Alles zurück auf LOS?

Es sind viele Schritte zu gehen, insbesondere um auf der Makroebene zu wirken. Helfen würde uns auf deutscher Seite bereits, wenn es gelänge,

- ... aktuelle Diskurse, Projekte und Ergebnisse außerschulischer politischer Bildungsarbeit kontinuierlich auf die europäischen Ebenen zu transportieren und dort mehr Präsenz zu zeigen;
- ... eine KJP-Förderung oder E+-Förderung aufzustellen, die es erlaubt, relevante Artikel und Ergebnisse schnell ins Englische zu übertragen und zu publizieren, um den Diskurs mitzugestalten;
- ... langfristig eine europäischen Bildungs- und Jugendpolitik zu schaffen, die *Human Rights and Democratic Citizenship Education* tatsächlich als Kernbestandteil und Wesensmerkmal gesellschaftlicher Teilhabe definiert und ihre Politiken und Programme dementsprechend ausrichtet. **AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2016**

Zum Autor



Georg Pirker, Historiker und Politologe (M. A.) arbeitet seit 2007 als Referent für internationale Bildungsarbeit im AdB. Ebenfalls seit 2007 koordiniert er das europäische Netzwerk DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe.

pirker@adb.de

Literatur

Mühlenhoff, Hannah (2014): Funding Democracy, Funding Social Services? The EIDHR in the Context of Competing Narratives in Turkey. In: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*, 16:1, p. 104

van der Vet, Freek / Lyytikäinen, Laura (2015): Violence and Human Rights IU Russia: how human rights defenders develop their tactics in the face of danger, 2005–2013. In: *The International Journal of Human Rights*, 19:7, pp. 979–998

¹¹ www.nohatespeechmovement.org/bookmarks

¹² www.eycb.coe.int/gendermatters

¹³ www.coe.int/t/dg4/youth/Source/Resources/Publications/2015_MIRRORS_combat_antigypsyism_thru_HRE.pdf

¹⁴ <https://youtu.be/Q49UOg8zdyl>